

Sozialismus in einer Stadt? : Vor 75 Jahren entstand das rote Zürich

Autor(en): **Koller, Christian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **81 (2003)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341762>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialismus in einer Stadt?

Vor 75 Jahren entstand das rote Zürich

«Erobert Zürich dem Sozialismus!» Mit diesem Slogan warb im Frühjahr 1928 die Sozialdemokratische Partei der grössten Schweizer Stadt für ihre Kandidaten. Auch die Gegenseite betrachtete die anstehenden Wahlen als Richtungsentscheidung.

Christian Koller

«Für ein freies und fortschrittliches Zürich – Gegen rote Parteidiktatur», hiess es auf einem Flugblatt für die «bürgerliche Einheitsliste» zum Stadtrat. Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hielten sich Rechte und Linke wählermässig in etwa die Waage. Ein «rotes Zürich» lag förmlich in der Luft. 1919 hatten die Bürgerlichen die Mehrheit im Gemeinderat verloren, das Zünglein an der Waage zwischen den 60 Sozialdemokraten und 57 Bürgerlichen spielten acht Grütlianer, die sich als «Sozialdemokratische Volkspartei» rechts von der SP abgespalten hatten. Diese Konstellation konnte aber sozialpolitisch nicht ausgenutzt werden, da die Stadt nach einer Kreditsperre der Banken unter der Finanzaufsicht des Kantons stand. 1919/20 mussten die Sozialausgaben von 6,4 auf 4 Millionen gesenkt und über ein Viertel der städtischen Angestellten entlassen werden. 1922 errangen die Bürgerlichen eine hauchdünne Mehrheit von einem Sitz, die sie drei Jahre später wieder verloren. Nun sassen den 60 Bürgerlichen 55 Sozialdemokraten, 9 Kommunisten und 1 Grütlianer gegenüber. In der Exekutive war die Linke aber nur mit drei von neun Sitzen vertreten.

Diese Pattsituation drängte zu einer Entscheidung. Im Wahlkampf von 1928 konnte jedes Lager die Schuld für die Probleme der Stadt der Gegenseite in die Schuhe schieben. Die Freisinnigen reimten in einem Pamphlet mit dem Titel «Zürcher Bilderbogen» gekonnt: «Doch wer saniert jetzt die Finanzen/ Befreit den Leu von roten Wanzen?/ Das darf dann wieder treu und stumm/ Das gute Zürcher Bürgertum.»¹ Das freisinnige Emblem, ein Züri-Leu mit Stadtfahne, veranlasste die SP, von der «Raubtierpartei» zu sprechen. Sie wollte nicht nur die linke Mehrheit im Gemeinderat halten, sondern auch die Majorität in der Exekutive erobern. Ein erster Schritt dazu gelang im Januar 1928, als in einer Nachwahl die SP zu Lasten des Freisinns ein viertes Stadtratsmandat gewann. Zu den allgemeinen Erneuerungswahlen drei Monate später traten die Sozialdemokraten mit einer Fünferliste an, für das Stadtpräsidium kandidierte Emil Klöti, der bereits seit 21 Jahren im Stadtrat sass, gegen den demokratischen Amtsinhaber Hans Nägeli. Am 15. April 1928 wurde das «rote Zürich» Realität: Bei den Stadtratswahlen landeten die SP-Kandidaten auf den ersten fünf Plätzen, im Gemeinderat blieb das bisherige Kräfteverhältnis gewahrt, und bei der Wahl für das Stadtpräsidium distanzierte der Herausforderer den bisherigen um rund tausend Stimmen.

¹ Schweizerisches Sozialarchiv 32/114a, Wahlen Stadt Zürich 1914–1928.

Zürich war nicht die erste «rote» Schweizer Gemeinde. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war den Sozialdemokraten etwa in Altstetten (1907) und in La Chaux-de-Fonds (1912) die Eroberung der Mehrheit gelungen. In den frühen zwanziger Jahren wurden neben La Chaux-de-Fonds und seiner Nachbarstadt Le Locle Biel (1921 bis 1947) und Arbon (1925 bis 1957) «rote Städte». Nach Zürich folgten Schaffhausen, Basel, Lausanne und Genf. Ende 1933 verfügte die SP in etwa 40 Gemeinden über die Verwaltungsmehrheit. Nach dem Landesstreik war die von der auf ihren Obrigkeitsstaat fixierten deutschen Sozialdemokratie übernommene Idee, die Macht im Gesamtstaat sei das alles Entscheidende, durch die Strategie des «Gemeindesozialismus» ergänzt worden: Durch die Eroberung von Mehrheitspositionen in den Gemeinden sollten wichtige soziale Ziele verwirklicht werden, etwa der Ausbau der kommunalen Dienstleistungen und der gemeindeeigenen industriellen Betriebe, die Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Gemeindeangestellten, die Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus und die Fusion von Gemeinden mit unterschiedlicher Steuerkraft.

Entgegen den bürgerlichen Befürchtungen verfolgte das «rote Zürich» eine zwar konsequente, aber auch auf Ausgleich bedachte Politik. Als kurz nach den Wahlen ein bürgerlicher Stadtrat verstarb, verzichtete die SP bei der Ersatzwahl auf eine eigene Kandidatur oder auf die Unterstützung des kommunistischen Bewerbers und ermöglichte damit die Wahl eines Freisinnigen. Auch auf der symbolischen Ebene widerspiegelte sich diese Grundhaltung: Am 1. Mai 1928 wurden zwar erstmals die städtischen Amtsgebäude beflaggt, allerdings nicht mit roten, sondern mit Schweizer und Zürcher Fahnen. Das «rote Zürich» verstand sich nicht als ein sozialistisches Experimentierfeld, sondern wollte Symbol und Paradebeispiel solider sozi-

aldemokratischer Verwaltungsarbeit werden. Unverzüglich wurde indessen der als «Linkenfresser» bekannte Polizeinspektor Otto Heusser entlassen, der ein halbstaatliches Spitzelnetz aufgebaut hatte, welches er dann allerdings noch bis nach dem Zweiten Weltkrieg weiterbetrieb. Das ungeliebte Polizeiamt, das die Bürgerlichen bis anhin den Sozialdemokraten überantwortet hatten, wurde dankend an die neue Minderheit weitergegeben.

In der Zeit bis zur Weltwirtschaftskrise konnten nun zahlreiche Reformmassnahmen an die Hand genommen werden. Das 1924 gestartete Programm der Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften wurde weitergeführt. 1929 erfolgte die Einführung der beitragslosen Altersbeihilfe sowie die Schaffung einer Spar- und Hilfskasse für das nicht versicherte städtische Hilfspersonal. Das grösste Projekt war die zweite Eingemeindung. Zahlreiche Vorortsgemeinden gehörten wirtschaftlich längst zur Stadt und hatten auch ähnliche soziale Probleme. Namentlich die Glat-talgemeinde Affoltern drohte finanziell zusammenzuberechnen. Durch die Schaffung von «Gross-Zürich» sollte die Planbarkeit der Wirtschaftsregion Zürich vergrössert und ein finanzieller Ausgleich zwischen armen und reichen Quartieren geschaffen werden. Nachdem ein erster Vorstoss 1929 noch in der kantonalen Volksabstimmung gescheitert war, wurde 1931 eine neue Vorlage gutgeheissen, die die reichen Gemeinden Kilchberg und Zollikon von der Eingemeindung ausnahm. Damit verdoppelte sich die Stadtfläche und die EinwohnerInnenzahl stieg von 250000 auf 320000.

Bald wurde die Weltwirtschaftskrise aber auch im «roten Zürich» spürbar. Die Zahl der Arbeitslosen sprang von 1795 im Jahre 1930 auf 12415 im Jahre 1934. Die Stadtregierung reagierte mit verschiedenen sozialpolitischen und interventionistischen Massnahmen. 1931 wurde die

obligatorische, von der Stadtkasse subventionierte Arbeitslosenversicherung eingeführt. Ab 1933 gewährte die Stadt (wie auch der Kanton) Exportrisikogarantien. Als die Firma Escher Wyss nahe am Konkurs stand, kaufte die Stadt 1935 ihre Liegenschaft und vermietete sie ihr zu günstigen Konditionen, um die 1000 Arbeitsplätze zu retten. Als Arbeitsbeschaffungsmassnahme wurden Renovationsarbeiten städtisch unterstützt.

Allerdings kam es nun teilweise zu Konflikten mit der Basis. Ein wilder Streik der Heizungsmonteurs, die einen vom SMUV mit den Arbeitgebern ausgehandelten Lohnabbau ablehnten und dabei bei der KP Unterstützung fanden, gipfelte am 15. Juni 1932 in Strassenschlachten zwischen Aussersihler Arbeitern und der Polizei mit einem Toten. Auch die JungsozialistInnen übten immer stärkere Kritik an der Stadtregierung und näherten sich der KP an. Im Dezember 1934 wurden ihre Organisationen von der SP aufgelöst.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland im Januar 1933 wurde auch in Zürich eine neue politische Kraft wichtig: die «Fronten». Sie agitierten «gegen den antireligiösen, bolschewistischen und jüdischen Zersetzungsgeist» sowie «gegen den Parteienstaat und gegen den unverantwortlichen Parlamentarismus»² und stiessen zunächst im Bürgertum trotz ihres antidemokratischen und antiliberalen Programms durchaus auf Sympathien. Am 28. Mai 1933, dreieinhalb Wochen nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften, widmeten die Freisinnigen ihren Kantonaltag der Frage der Zusammenarbeit mit den Fronten. Parteipräsident Heinrich Weisflog meinte dabei, der Freisinn begrüsse «von ganzem Herzen den Grundton der neuen Bewegungen 'Alles für das

Vaterland' und ist mit ihnen einverstanden, wenn sie es unternehmen, unsere Ratssäle vom russischen Ungeziefer zu säubern». Ein gemeinsames Handeln sei möglich «schon mit Rücksicht auf das nächste Kriegsziel, die Befreiung der Stadt Zürich von der roten Herrschaft»³. Und Karl Pestalozzi meinte namens der Jungfreisinnigen, sie begrüssten «die nationale Erneuerung und unterstützen die Fronten aufs kräftigste»⁴.

Tatsächlich schlossen sich die bürgerlichen Parteien und verschiedene «Fronten» und «Bünde» für die ersten «gross-zürcherischen» Gemeinderatswahlen vom September 1933 in einer Listenverbindung zusammen, und auf dem Sechserticket des bürgerlichen «Vaterländischen Blocks» für den Stadtrat figurierte auch der «Führer» der Nationalen Front. Paradoxerweise warnten die Freisinnigen jedoch gleichzeitig in ihrer Wahlpropaganda vor den Frönlern. Die Reaktion auf die sozialdemokratische «Misswirtschaft» müsse kommen und der «Systemwechsel» könne nun noch «auf legale Weise» erfolgen; ob dies in einem Jahr noch möglich sei, wisse kein Mensch: «Wehe, Bürger, wenn Du schläfst! Dann werden die Fronten mit eisernem Besen kehren, und was dann an Freiheiten noch übrig bleibt, das siehst Du am heutigen Hitler-Deutschland: Nichts!»⁵

Der Wahlkampf war nicht frei von Gewalt. Immer wieder kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen rechten und linken Aktivisten. Als am Abend vor dem Wahltag die Bürgerlichen einen Werbefackelzug mit Beteiligung des frontistischen «Harst» als «Weiheakt der vaterländischen Aktion»⁶ nach Aussersihl hinein lenken wollten, wurden sie trotz Ermahnungen der sozialdemokratischen Presse zur Besonnen-

² Schweizerisches Sozialarchiv 32/116, Wahlen Stadt Zürich 1933.

³ NZZ, Nr. 967, 29.5.1933.

⁴ ebd.

⁵ Schweizerisches Sozialarchiv 32/116, Wahlen Stadt Zürich 1933.

⁶ NZZ, Nr. 1707, 22.9.1933.

heit von aufgebrachten Arbeitern regelrecht aus dem Quartier hinausgeprügelt. Schliesslich obsiegten die Sozialdemokraten, die ihre fünf Stadtratsmandate sowie die 1931 errungene alleinige absolute Mehrheit im Gemeinderat mit einem Wähleranteil von 47,8% verteidigen konnten. Die Frontisten erreichten einen Wähleranteil von 7,7%, der vor allem zu Lasten der Freisinnigen ging. Nach geschlagener «Wahlschlacht» triumphierte der spätere Bundesrat Ernst Nobs: «Nie ist von bürgerlicher Seite ein Wahlkampf ordinärer geführt worden als diesmal. Der Wettbewerb in reaktionärem Radikalismus hat seine schlimmsten Orgien gefeiert. [...] Es war eine Lust, die dicken, plumpen Lügen der reaktionären Wahlhetze Stück um Stück abzustechen. [...]»⁷

Mit dem Andauern von Krise und Massenarbeitslosigkeit wurde der finanzielle Spielraum für die gemeindesozialistische Reformpolitik immer kleiner. Trotz massiver Steuererhöhungen musste 1934 auch das «rote Zürich», das sich nach den Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht wieder in die Abhängigkeit vom Kapitalmarkt begeben wollte, die Löhne seiner Angestellten kürzen. Das mit Zustimmung der Gewerkschaften erbrachte «Krisenopfer» beinhaltete zwar nicht wie andernorts einen linearen, sondern einen sozial abgestuften Lohnabbau, bedeutete aber dennoch einen Verlust an Glaubwürdigkeit, der von Bürgerlichen wie Kommunisten hämisch ausgeschlachtet wurde.

Bei den Wahlen von 1938 wurde die Mehrheit im Stadtrat zwar behauptet, im Gemeinderat fiel die SP aber mit einem Wähleranteil von nur noch 41,6% von 63 auf 60 Mandate zurück, womit erstmals seit 1925 keine linke Mehrheit mehr bestand. Grosser Gewinner war der Lan-

desring der Unabhängigen, der auf Anhub auf 16% kam und mit seiner Mischung aus sozialliberalem Migros-Konsumismus und Volksgemeinschaftsideologie auch in den Arbeiterquartieren regen Zulauf hatte. Bei den nächsten Wahlen mitten im Krieg setzte sich dieser Trend fort: Die SP behauptete 1942 zwar ein weiteres Mal ihre fünf Stadtratssitze, fiel aber auf einen Wähleranteil von 36,5% zurück und verlor 12 Gemeinderatsmandate. Demgegenüber wuchs der Landesring auf 28,6% der Stimmen, war nun beinahe doppelt so stark wie der Freisinn und zog auch mit einem Vertreter in die Stadtregierung ein.

Gegen Kriegsende musste die SP mit der Gründung der Partei der Arbeit, der sich nicht nur ehemalige Mitglieder der 1940 verbotenen KP, sondern auch linke SozialdemokratInnen anschlossen, nochmals einen Aderlass hinnehmen. Bei den Gemeinderatswahlen von 1946 kam sie nur noch auf einen Wähleranteil von 29,1%, während die PdA 15,3% erreichte. Bei den Stadtratswahlen hatte die Liste der beiden Linksparteien indessen einen durchschlagenden Erfolg: Neben zwei Freisinnigen und einem Landesringler wurden wiederum fünf Sozialdemokraten sowie der PdA-Kandidat Edgar Woog gewählt. Bald sollte der Kalte Krieg aber auch in Zürich Einzug halten. Im Oktober 1947 wurde Woog wegen Veruntreuung verhaftet – er hatte der PdA-Zeitung «Vorwärts» aus den Sammelgeldern der «Koordinationsstelle für Nachkriegshilfe» ein Darlehen von 5000 Franken gewährt, das zum Zeitpunkt seiner Verhaftung allerdings bereits zurückbezahlt war – und vom Bezirksrat im Amt «eingestellt». Im April 1949 erfolgte seine Amtsenthebung.

Im September gleichen Jahres verstarb der sozialdemokratische Stadtpräsident Adolf Lüchinger. In der Ersatzwahl ging das Präsidium an den Freisinnigen Emil Landolt und der Stadtratssitz an den Landesring, womit die linke Mehrheit auch in der

⁷ Nobs, Ernst: Die Zürcher Wahlschlacht, in: Rote Revue 13 (1933), S. 37.

Stadtregierung für vier Jahrzehnte beendet war. Die kantonale SP musste den Sektionen mitteilen, «dass lieben alten Vertrauensleuten, die selbstlos und opferfreudig mitgeholfen hatten, das Rote Zürich zu schaffen, beim Bekanntwerden des Wahlergebnisses Tränen in die Augen stiegen. Dieses Rote Zürich war der Brückenkopf des sozialen Fortschritts». Resignieren mochte man aber nicht: «Zum Köpfhängenlassen besteht allerdings kein Anlass. Im Gegenteil! Die Arbeiter-

bewegung wird die gegenwärtige Epoche der «politischen Wundermänner und Kurpfuscher» bestimmt überwinden. [...] Wir sind da und bleiben unseres Erfolges gewiss, trotz alledem!»⁸

⁸ Rundschreiben SP Kanton Zürich an die Sektionsvorstände, 26.9.1949.

Christian Koller ist promovierter Historiker und lebt in Zürich.